

unterbreiten. Poincaré stellt dabei die Bedingung, daß die 29 türkischen Passagiere des „Manuba“ den französischen Behörden ausgeliefert und nach einem französischen Hafen gebracht werden. Der Grand hatte gestern mit dem Minister des Meeres, San Giuliano, eine Unterredung, in der er dem Minister vom Wortlaut seiner telegraphischen Instruktionen, die ihm von Poincaré zugegangen waren, Kenntnis gab. San Giuliano erklärte, er wünsche, bevor er seine Antwort erteilt, mit Kabinettschef Giolitti Rücksprache zu nehmen.

Paris, 24. Januar.
„Echo de Paris“ schreibt: Barrère ist beauftragt, bei seiner ersten Unterredung mit dem Minister des Meeres San Giuliano die unverzügliche Auslieferung der 29 Passagiere an Frankreich zu verlangen. Sollte die Auslieferung nicht noch heute erfolgen, so wird Barrère eine kurze Frist stellen, nach deren Ablauf die französische Regierung Vorkehrungen treffen wird, die ihr geboten erscheinen, um die Würde und Interessen Frankreichs zu wahren. Was Le Grand betrifft, der sich von der italienischen Regierung hat täuschen lassen, indem er die Erklärungen der italienischen Regierung, daß die verhafteten türkischen Passagiere türkische Offiziere seien, für bare Münze nahm, und infolgedessen dem französischen Konsul in Cagliari Befehl erteilte, die türkischen Passagiere auszulassen zu lassen, so wird Poincaré Auffklärung hierüber verlangen. Man glaubt jetzt, daß Le Grand nicht mehr auf seinem Posten bleiben dürfte, ebenso ist es fraglich, ob der italienische Vizekonsul in Paris, Lettoni, sein Land noch weiter in der französischen Metropole vertreten wird.

Deutsches Reich.

Anträge im preussischen Abgeordnetenhaus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus sind außer den von uns gemeldeten Anträgen eine Reihe weiterer eingereicht worden, so von der fortschrittlichen Volkspartei ein Antrag auf Neuorganisation der Beamtenrechte, insbesondere bezüglich der Wahl-, Petitions-, Vereins- und Versammlungsfreiheit der Beamten, sowie der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, weiter von derselben Partei ein Antrag auf Verantwortlichkeit des Ministers, sowie ein Antrag auf Abänderung der Kreis- und Provinzialverordnungen. Ebenso beantragt die Volkspartei eine Erhöhung der Ruhegehälter aller vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand versetzten Staatsbeamten und Lehrer. Zentrum und Nationalliberale haben gemeinsam eine Interpellation eingebracht über die Unterlegung der Weinbauern an der Rebe, die durch schweres Hagelwetter um mehrere Millionen geschädigt werden sind. Die Konservativen bringen einen Antrag ein zur Befähigung des Rotenstandes der Binnenfahrer, ferner einen Antrag auf Vorlegung einer Novelle zum Warenhaussteuergesetz, endlich einen Antrag auf Abänderung des Ministerialerlasses über das Verdienstverbot, dahin gehend, daß der Zuschlag bei öffentlichen Ausschreibungen nur zu angemessenen Preisen erfolgt und für handwerksmäßige Leistungen Tarife aufgestellt werden sollen.

Das Zentrum endlich hat einen Antrag auf authentische Auslegung des grundlegenden Paragraphen des Fürsorgeerziehungsgesetzes eingebracht, dahingehend, daß ein Minderjähriger, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Fürsorgeerziehung überliefern werden kann, wenn gewisse Voraussetzungen des bürgerlichen Gesetzbuches vorliegen.

Sozialdemokratische Pressensicht.

Wie die Genossen immer wieder versichern, werden befanntlich die bürgerlichen „Prekursor“ von ihren Verlegern ganz erbarmslos geschnitten. Von geistiger Freiheit kann bei ihnen keine Rede sein; Unabängigkeit und Bewegungsfreiheit findet man nur in der sozialdemokratischen Presse, die: Tamtam, Tamtam! — an der Spitze aller Kultur marschiert. Auch wenn man die Behandlung der Vorkämpferredaktion vor einigen Jahren vergehen hat, so weiß man doch, wie auch hier Theorie und Praxis zu einander stimmen. Ein schönes Beispiel dafür gibt einer der Redaktoren aus dem sächsischen sozialdemokratischen Blätterwald, nämlich der Hauptredakteur der Chemnitzer Volksstimme, Genosse Hellmann. Er schreibt in Nr. 250 seines Blattes vom 4. Dezember v. J.:

Unseres hat die Pflicht, seine Kerntreue frisch und empfindlich zu erhalten. Das ist freilich durch die allzuvielen Pressaufsichtsinstanzen ungeheuer erschwert, die schlimmer als die Arbeit der Kerntreue in Anspruch nehmen. Als ich nach Chemnitz kam, gab es zwölf Aufsichtsinstanzen: sieben Kreisgeneralverwaltungen, eine Handwerkskammer, eine Prekursormission, die gemeinsamen Sitzungen von Handwerkskammer und Prekursormission, den Parteivorstand und den Parteitag. Im vorigen Jahre kamen das Agitationskomitee und die Bezirkskommission für den Gemeindefortschritt hinzu und es machte viel Kopf- die Stellung zur Budgetbewilligung mehrmals achtundzwanzigmal darzulegen und zu verteidigen, da ja meist vor und nach dem Parteitag eine Sitzung stattfindet. Wenn man in diesem Jahre, um einem wirklich bringenden Bedürfnis abzuhelfen, zwei neue Aufsichtsinstanzen geschaffen hat — Landesvorstand und Landesversammlung — so wird damit wirklich das Maß erreicht, das kein Volk mehr auslöst.

Man kann diese drastische Wendung bei einer Aussicht und feinen Buchtel begreifen und dies überdies, was irgendein bureaukratischer Zugmeister den arbeitslosen Massen eines Arbeitshauses an Bevormundung zu bieten mag.

Gegen den Kaiser.

Die „Rhein-Post“, 31. J. spricht anlässlich des bisherigen Ausfalls der Wähler von einem Zusammenbruch der Weimannschen Politik. Das Blatt spielt — etwas frühzeitig — schon mit dem Gedanken, daß der Reichstag wegen der Weimann'schen Parteiverhandlungen aufgelöst werden wird;

dann, müßte auch ein Beschluß der führenden Männer eintreten, die nach Agadir nur noch einen geringen Vorrat an Ansehen und Vertrauen besitzen. —

Der Kurier hat aber je noch erwähnt, daß die „Post“ „von gut unterrichteter Seite“ einen Artikel veröffentlicht, in dem in der Einleitung betont wird, der Reichstagler genosse das vollste Vertrauen des Kaisers, dann aber eine Reihe von Kandidaten einer Prüfung unterzogen wird.

Graf Zeppelin und der Eisenacher Wahlkampf.

Mehrere im „Sprenger Hof“ zu Leipzig versammelte Mitglieder des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, dem der im Wahlkreis Eisenach-Dornbach gewählte Reichstagsabgeordnete der nationalliberalen Partei, Felix Marquart, seit langen Jahren als Vorstandsmittglied angehört, haben an den Grafen Zeppelin in Friedrichshafen folgendes Telegramm abgeschickt:

Ihr prächtiges Telegramm, verehrter Herr Graf, hat unsern Marquart in Eisenach in kritischer Stunde geholfen. Herzlichen Dank! Marquarts Leipziger Freunde.

Hierzu ist zu bemerken, daß Herr Marquart der Führer einer 500 Personen starken Schar von Verbandsmitgliedern und deren Damen war, die zu Pfingsten 1910 dem Grafen Zeppelin eine begeisterte Jubidung für seine Großthaten auf dem Gebiet der Luftschiffahrt darbrachten. Während des Eisenacher Wahlkampfes landete Graf Zeppelin an Herrn Marquart folgendes Telegramm:

Es ist Kenner Ihrer treudeutschen Gesinnung und der Verehrung, die Sie bewirken in weiten Kreisen Deutschlands genessen, welche ich Ihnen herzlich beglückwünsche. Hoffentlich werden sich genug wahrhaft deutschgegene Männer im Wahlkreise finden, um diesen zu erzwingen. Graf Zeppelin.

(Felix Marquart, ein Leipziger Kind, in den 40er Jahren lebend, hat Tura und Nationalökonomie studiert, ehe er, sich der Sache der deutschen Handlungsgehilfen widmend, in den Dienst des im Jahre 1881 gegründeten Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig trat.)

Eine neue Belastung der sächsischen Industrie.

Der Gesetzentwurf zur Umgestaltung des Gemeindefiskalwesens im Königreich Sachsen empfiehlt befanntlich den Gemeinden auch die Einführung einer Gewerbesteuer, einer Umsatzeuer auf Großbetriebe im Kleinhandel und einer Kohlensteuer. Gegen diese neue Belastung der gewerblichen Kreise wendet sich der „Verband sächsischer Industrieller“ in einer Denkschrift an Regierung und Landtag. Für die Kohlensteuer wird ein Satz von 50 Pf. für die Tonne als nicht zu hoch angenommen. Der Verband hat jedoch berechnet, daß dieser Satz beispielsweise für eine bestimmte Fabrik mit 80 bis 90 000 Tonnen Jahresverbrauch eine Belastung von 40 000 Mark jährlich betragen würde, obwohl diese Fabrik schon jetzt in zwei Gemeinden 35 000 Mark Gemeindefiskus bezieht. Ein anderes Unternehmen würde mit dem Siebenfachen der jetzigen Gemeindefiskus bei dem angegebenen Satz durch Kohlensteuer belastet. Der Verband richtet daher an den Landtag das Ersuchen, bei der Beratung der Gemeindefiskalreform dahin zu wirken, daß eine Kohlensteuer als Verteuerung eines der wichtigsten Rohstoffe auf jeden Fall aus der neuen Steuererhebung ausgeschiedet, und daß auch im übrigen jede Sonderbesteuerung der Industrie vermieden wird.

Dresden, 23. Jan. Gleich den Nationalliberalen und Freijährigen erklärten sich bei der Verhandlung über die Gemeindefiskalreform in der Zweiten Kammer auch die Konservativen gegen jede weitere Belastung von Handel, Industrie und Gewerbe durch die Gemeinden.

Ein „nachdenklich gewordener Beamter“

richtet in der „Breslauer Zeitung“ folgende recht kluge offene Anfrage an die Regierung: „Die konservative Partei hat als Parole für die Stichwahl in vielen Wahlkreisen litte Wählerhaltung gegenüber dem Liberalen ausgegeben, der im Kampfe mit dem Sozialdemokraten liegt. Wie habe ich mich als Beamter zu verhalten, ohne Gefahr zu laufen, entweder wegen Begünstigung der Sozialdemokratie durch Stimmhaltung mit ein Disziplinverfahren zuzuziehen oder wegen Nichtbeachtung der — für den Beamten ja maßgeblichen — konservativen Parole bei den für mein dienstliches Fortkommen ausschlaggebenden Faktoren in Mißtreue zu kommen? ... Die rationelleren Vorkehrungen von Beamten hätten der Regierung ebenfalls Anlaß zu einer notwendigen „Ständekongress“ Anweisung für das Verhalten bei Besuchen geben sollen. Nun haben wir Beamte da mit unsemern „beschränkten Untermenschen“ und den neuen Herren! — Wir fürchten, der nachdenkliche Beamte wird über diese seine Frage noch weiter nachdenken müssen, da er von der Regierung wohl kaum die gewünschte Anweisung erhalten wird!

Anschluß mittlerer Knaben- und höherer Mädchenschulen an die Ruhegehaltsklasse.

Der Kultusminister hat sich damit einverstanden erklärt, daß Mädchenschulen, die an die Ruhegehaltsklasse für Volksschullehrer angegliedert waren, zwar grundsätzlich mit dem Ablauf des Rechnungsjahres, in dem sie als höhere Lehranstalten anerkannt werden, aus der Ruhegehaltsklasse auszuscheiden haben, daß aber, sofern die Träger der Schulkosten solcher Schulen einen dahingehenden Antrag stellen, die Schulen mit den zur Zeit ihrer Anerkennung an ihnen angestellten Lehrkräften nach Maßgabe der für sie zu jener Zeit gültigen Scholtensform in der Ruhegehaltsklasse verbleiben dürfen. Dagegen können die Lehrer und Lehrerinnen, die erst nach der Anerkennung an der Schule angestellt werden, nicht mehr in die Ruhegehaltsklasse Aufnahme finden; für die Sicherstellung ihrer Ruhegehälter ist vielmehr in anderer Weise zu sorgen. Die Vorschriften dieses Erlasses sollen auf die der Ruhegehaltsklasse für Volksschullehrer angegliederten mittleren Knabenschulen, wenn sie zu höheren Lehranstalten entwidelt werden, entsprechend angewendet werden.

Bingen, 25. Jan. Das Binger Kreisamt stellte heute für Beder (natl.) 12 012 Stimmen und für den Fortschrittler Kroll 12 010 Stimmen fest. Die Wahl wäre danach also für Beder entfallen.

Im Reich schweben Erdörterungen darüber, wie die Doppelbesteuern in Landesverhältnissen beseitigt werden können.

Die Staatsregierung hat dem Abgeordnetenhaus mitgeteilt, daß von der Errichtung neuer, mit der Berechtigung zur Erteilung des einjährig-freiwilligen-Zeugnisses verbundene Landwirtschaftsschulen bis auf weiteres abgesehen werden wird.

Wie die Regierung dem Abgeordnetenhaus mitgeteilt hat, soll für jede Provinz durch den Oberpräsidenten nach Benennung des mit der Oberstaatsanwalt ein Verzeichnis der Landesämter, der Handelskammer und der Landwirtschaftsammer zusammengelegt und Vorstände darüber machen soll, welche Arbeiten, insbesondere Handwerksarbeiten, in den Gefangenenanstalten gerechtfertigt werden sollen oder auszuführen sind. Die Berufung der Betriebe ist in die Wege geleitet.

Parteinachrichten.

Zugunsten des Wählerführers Kossel, der in Kaiserslautern und in Oldenburg-Rhein durch gefallen ist, soll der „Frankfurter Post.“ zufolge, der in Homburg-Rhein neuemalste Abg. Gebhardt in Mandat niederlegen. Ohne Kossel als Reichstagsabgeordneter würde nämlich die deutsche Landwirtschaft zugrunde gehen, wie die Agrarier behaupten.

Dr. Rudolf Kreißfeldt soll endlich den richtigen Weg gefunden haben. Er ist, wie mehrere Blätter melden, aus der Demokratischen Vereinigung ausgeschieden und zur Sozialdemokratie übergetreten.

L. C. Der demokratischen Vereinigung wird in der neuen Nummer der „Hilfe“ eine hittere, aber gerechte Kritik gemeldet, in der es heißt: „Sie hat eine Partei von der Wählerkraft so deutlich die Mittelung bekommen, daß sie überflüssig und schädlich ist. Während die „Demokraten“ wirklich auf die Stimme des Volkes hören und ihr Tun nach dem Urteil der Wählerkraft richten, dann mögen sie jetzt die Augen aufgemacht haben. Das, was an Stimmenzahl aus den demokratischen Kandidaturen herauskam, reicht nicht zum berühmten Sauerteig für den bürgerlichen Liberalismus — es ist nicht ... Es ist ein Geld, was an politischer Kraft verpufft wird; warum? Weil gekränkte Eitelkeit einen Führerlauf verlangt. Denn den Anspruch, als laudlich orientierte Politik ernst genommen zu werden, kann dieses Verfahren nicht mehr erheben, das gar kein anderes Ziel hat, als den Vorkämpfer der bürgerlichen Freiheit zu schaden.“

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kaiser in der Kriegsakademie.

Mit dem Kaiser besohlenen geschäftlichen Vortrag des Oberquartiermeisters im Großen Generalstab, Generalmajors Freiherrn v. Freitag-Loringhoven, begann Dienstag in Berlin die Reihe der aus Anlaß des 20. Geburtstages Friedrichs des Großen vorgesehenen militärischen Veranstaltungen. Zum Empfang des Kaisers hatten die Räume der Kriegsakademie ein festliches Gewand angelegt. Vor der Aula hielten tribunenartige Dragoonen vom Regiment „Innsbruck-Regiment“, schwarze Leibregiment und Grenadiere vom Bataillon Garde mit ihren Karabinern und Feuerlöschgewehren Wacht, um den jährlichen zum Vortrag besohlenen Offizieren nach dem alten Exzerzierregiment von 1770 die Ehrenbegehungen zu erteilen. Mit Prinz Citel Friedrich, der Hülarenuniform trug, kamen die Prinzen Friedrich Wilhelm, August Wilhelm, Waldemar, Oskar und Joachim; mit dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen seine Söhne Sigismund und Karl. Es waren ferner zum Vortrag besohlenen der Generaladjutant Freiherr v. Vanden, die Generalstabskassiere Graf v. Schlieffen und Freiherr v. d. Goltz, der Generaloberst v. Eindeuffel, Gouverneur v. Kossel, Generaladjutant und Chef des Generalstabes der Armee v. Kossel, General v. Scholl, Admiral v. Müller, Chef des Marinekabinetts und Staatssekretär v. Tschirly. Ferner waren zahlreiche Generale erschienen. Um 6 Uhr fuhr der Kaiser mit Generaloberst v. Welfen im Automobil vor der Kriegsakademie vor. Er trug den Helm und Waffenrock des Regiments der Gardedivision mit Generalabzeichen. Von dem Direktor der Kriegsakademie, General v. Mantuffel, und dem General Freiherrn v. Freitag-Loringhoven begrüßt, bog sich der Kaiser an den das Generalfreikunden Hofen vorbei nach der Aula. Dort nahm der Kaiser gegenüber dem Rednerpult Platz. Der Vortrag des Freiherrn v. Freitag-Loringhoven, der sich mit der Taktik und der Strategie Friedrichs des Großen beschäftigte, fand den lebhaftesten Beifall des Kaisers. Nach dem Vortrag nahm der Kaiser mehrere militärische Redungen entgegen und bog sich gegen 7 1/2 Uhr in das Schloß zurück.

Ausland.

China vor dem Staatsbankrott?

In China ist ein Umschlag der Stimmung erfolgt. Die Partei der Prinzen Tsing und Pulun unter den Mandchus-Prinzen ist ansehend unterlegen. Die Regierung hat die Abdankung des Kaisers und die Wiederherstellung des Hofes nach Jehol vereitelt. Die Auffrischungen in der Umgebung Sunquans verzweifeln daran, die Republik durchzuführen, besonders in Anbetracht des wachsenden Umfanges der Volksstimmung. Sunquans macht die von ihm eingegangenen Verpflichtungen rückgängig, er ist augenblicklich überzeugt, daß Yuanquans die diktatorische Gewalt erstickt. Er forderte am Sonnabend telegraphisch, daß keine provisorische Regierung im Norden errichtet werde. Yuanquans solle in die republikanische Regierung nicht einreten, bevor die Mächte sie anerkannt hätten. Der Thron lieh durch seine Abdankung die Gewalt direkt auf die republikanische Regierung in Kanton übertragen. Die Schwierigkeiten für Yuanquans werden vermehrt durch den plötzlichen Frontwechsel vieler Mandchus. Der Mandchu Tschang, der frühere Kriegsminister, der als Hauptgegner Yuanquans im Jahre 1908 dessen Sturz herbeiführte, ist nach Peking zurückgekehrt.

Die Mächte sollen übereingekommen sein, die chinesische Republik nicht anzuerkennen, da die Anerkennung nur nach zäher kaufmännischer Zustände in Peking und Nordchina herbeiführen dürfte.

Recht eigentlich kündigt die Meldung des „Daily Telegraph“, daß nach offiziellen Erklärungen der chinesischen Regierung China am chinesischen Neujahrsfest, d. h. am 18. Febr., den Staatsbankrott erklären würde. — Das wird der gegebenen

